

Jeder Ausbau von **Notschlafstellen** verweist auf **Mängel in der Sozial- und Wohnungspolitik**

Offener Brief des Sozialpolitischen Arbeitskreis Tirol zum Plan der Tiroler Landesregierung eine weitere Notschlafstelle zu realisieren

Auf die grassierende Wohnungslosigkeit in Tirol zu reagieren ist überfällig. Das einzig probate Mittel, um Wohnungslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen, ist allerdings die Schaffung von schnell verfügbarem, dauerhaftem und leistbarem (Miet-)Wohnraum – unter besonderer Berücksichtigung sozialer Aspekte und akuter Notlagen. Die Tiroler Landesregierung wählt jedoch einen anderen Weg und beschließt im Februar 2024 eine weitere Notschlafstelle.

Jahrzehntelang ideologisch motivierte Wohnpolitik hat zur aktuellen Situation in Tirol geführt: Die Förderung von (Wohn-)Eigentum bei gleichzeitiger unterdurchschnittlicher Tätigkeit im gemeinnützigen (Miet-)Wohnbau und die Spekulation mit Grund, Boden und Anlagewohnungen gehören zu den wesentlichen Ursachen der aktuellen Situation. Der Wohnungsmarkt wird größtenteils sprichwörtlich „dem Markt überlassen“. Ein „Grundrecht auf Wohnen“ hingegen wurde noch nicht einmal auf dem Papier eingeräumt. Die Konsequenzen sind für immer mehr Menschen überteuerte Mieten, miserable Wohnqualität, häufiger Überbelag und eben akute Wohnungslosigkeit.

Frauen*organisationen und Trägerorganisationen der Wohnungslosensarbeit machen die Politik seit Jahrzehnten darauf aufmerksam und fordern zum Handeln auf. Es braucht sicheres Wohnen – insbesondere für Frauen* Mit Notschlafstellen und anderen Übergangswohnmöglichkeiten **werden Probleme lediglich verlagert** – von einer Form der Wohnungslosigkeit in die andere. In der Praxis laufen die bereits bestehenden Innsbrucker Notschlafstellen Gefahr, sich in Wohnheime mit Daueraufenthaltscharakter zu entwickeln. Es fehlen schlichtweg die entsprechenden Ablöseperspektiven. Die Betreiber:innen der Notschlafstellen betonen, dass rund 1/3 der Bewohner:innen ohne Umwege in eine eigene Wohnung ziehen könnten. In der Praxis halten fehlendes leistbares Wohnungsangebot und die Diskriminierung am Wohnungsmarkt die Menschen im Prekariat.

Mit der beabsichtigten Eröffnung einer weiteren Notschlafstelle für 30 Frauen* und Kinder (!) zeigt sich, dass nicht nur der bestehende Wohnungsnotstand negiert, sondern lediglich probiert wird Symptome zu bekämpfen. Selbst diese Symptombekämpfung ist problematisch. Eine Notschlafstelle ist kein Ort für Kinder! Das Budget, das in den Medien kolportiert wurde, lässt bei der kommunizierten Zahl an Unterzubringenden lediglich ein „Verwahren“ befürchten. Die aktive und nachhaltige Bekämpfung von Wohnungslosigkeit von Frauen* und Kindern in Tirol wird damit – weiter – auf die lange Bank geschoben.

Tatsächlich bieten die aktuellen Notschlafstellen keine bzw. zu wenige sichere Plätze für Frauen*. Ein qualitativer Mangel, der behoben werden muss. Dafür ist die zeitnahe Ablösemöglichkeit in die „eigenen vier Wände“ aus diesen Notquartieren aber unabdingbare Voraussetzung. Und nur so kann die Eigentlichkeit einer Notschlafstelle, nämlich die kurzfristige Abfederung von Notlagen, wiederhergestellt werden. Eine Verbesserung der Standards und besondere Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse von Frauen* ist dabei geboten.

Ob aber mit oder – wie in den meisten Fällen von Wohnungslosigkeit – ohne individuell erforderlichen Unterstützungsbedarf: **Eigenständiges Wohnen in eigenen Wohnungen muss oberstes Ziel sein.** Und sofern erforderlich bzw. gewünscht, soll dieses eigenständige Wohnen ergänzt werden durch ein entsprechendes ambulantes, niederschwelliges, vertrauliches und freiwilliges Begleitungs-/Unterstützungsangebot. Kein Mensch gehört in eine Notschlafstelle – Kinder in Notschlafstellen unterzubringen ist unwürdig.

Weshalb Menschen ausschließlich in eigenständige Wohnungen unterbringen?

- Menschenwürde und Menschenrechte sehen Privatsphäre, Individualität und Freiheit vor.
- Menschen haben das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard.
- Kinder haben Kinderrechte, das Kindeswohl muss sichergestellt sein.
- Soziale Probleme verstärken sich im (Zwangs-)Kollektiv. Psychische und physische Gesundheit können in eigenen Wohnungen besser erhalten werden.
- Eine eigene Wohnung bringt höhere Sicherheit.
Dauerhaft leistbare Wohnungen mit ambulantem Betreuungsangebot bedeuten für Menschen eben genau das: Dauerhaftigkeit.

Was es jetzt von der Politik konkret braucht:

an sofortigen, unumgänglichen Lösungen

- Eine Wohnkostenverordnung in der Tiroler Mindestsicherung, die den realen Mietpreisen in Tirol entspricht
- Mietzinsbeihilfe ohne Anwartschaft – also mit Zugang ab dem ersten Tag der Meldung

an mittel- und langfristigen Lösungen, die darauf abzielen Wohnraum so zu schaffen, dass der Hebel nicht dauerhaft an individuellen Zuschüssen anzusetzen wäre

- Die Priorisierung des gemeinnützigen Mietwohnbaus, flankiert von einer Raumordnung und Widmungspolitik, die diesen Paradigmenwechsel zulässt
- Den tirolweiten Zugang zu gemeinnützigem Wohnen, der einen Wohnortswechsel erlaubt, ohne in der Vergabe benachteiligt zu werden
- Die Einbindung von Expert:innen in die gemeinsame Entwicklung von kurz-, mittel- und langfristigen Strategien, die dazu geeignet sind Wohnungslosigkeit in Tirol nachhaltig zu bekämpfen und vor allem langfristig zu verhindern
- Den Auf- bzw. Ausbau von Sozialberatungsstellen und mobilen Sozialarbeitsangeboten – insbesondere in den Bezirken
- **Wohnungen. Wohnungen. Wohnungen.** Und zwar leistbare Wohnungen, die Menschen in Not schnell und niederschwellig zugänglich gemacht werden und in denen mithilfe eines ambulanten Sozialarbeitsangebots ein dauerhaftes Wohnen möglich wird